

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 33/39
Telefax: 8 96 846 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Walter Momper zum 28. Jahrestag des Mauerbaus: DDR muß über wirksame innere Reformen nachdenken.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB zum Erfordernis eines neuen Denkens in der Verkehrspolitik: Lenkungs-funktion des Marktes durch sinnvolle Ordnungspolitik stärken.

Seite 3

Freimut Duve MdB zur Sorge, die Neugründungen der Goethe-Institute in Moskau, Warschau und Sofia seien bedroht: Auswärtige Kulturpolitik lebt nicht von Versprechungen.

Seite 5

Dokumentation:

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) hat eine Publikation „Argumente gegen rechte Parolen, Deutschnationalismus und Ausländerfeindlichkeit“ herausgegeben, die auch ein Plädoyer für das Kommunalwahlrecht für Ausländer enthält. Wir dokumentieren diesen Abschnitt aus dem Argumentations-Leitfaden gegen die Ultrarechten.

Seite 6

44. Jahrgang / 153

11. August 1989

DDR muß über wirksame innere Reformen nachdenken

Zum 28. Jahrestag des Mauerbaus

Von Walter Momper
Regierender Bürgermeister von Berlin
Landesvorsitzender der Berliner SPD

Die Mauer ist auch 28 Jahre nach ihrer Errichtung das bedrückendste Symbol der deutschen Teilung und der Trennung der Deutschen voneinander. Jeder Tag, den die Mauer in Berlin steht, ist ein Tag zuviel. Sie ist ein Relikt des Kalten Krieges, über das auch die Regierung der DDR im 40sten Jahr der DDR-Staatsgründung nicht froh sein kann. Noch immer fallen Schüsse an der Mauer, wagen Menschen für den Wunsch, in den Westen zu wechseln, das Leben. Schon jetzt läßt sich für 1989 eine traurige Bilanz aufmachen: Elfmal machten die DDR-Grenzposten von der Schußwaffe Gebrauch. Zwei Menschen starben bei dem Versuch, über die Grenze zu fliehen. Insgesamt scheiterten 45 Fluchtversuche von DDR-Bürgern. Dies stellt einem Staat, der die UN-Menschenrechtskonvention unterzeichnet hat, ein Armutszeugnis aus.

Die einzige Perspektive, die Grenzen durchlässiger zu machen, liegt in einer aktiven Friedens- und Entspannungspolitik. Deklamationen und Sonntagsreden haben den Beton der Mauer nur härter gemacht und noch nie einem Menschen geholfen. Die mit der ersten Passierscheinregelung von 1963 eingeleitete und mit der Ostpolitik Willy Brandts konsequent umgesetzte Entspannungspolitik hat viele Erleichterungen für die Menschen diesseits und jenseits der Mauer gebracht. Das Reisen in den anderen Teil der Stadt und in die DDR ist für die Berliner Zug um Zug erleichtert worden und hat mit der neuen Regelung vom 1. August, die zum ersten Mal seit dem Mauerbau wieder die Direktreise ermöglicht, einen qualitativen Sprung erfahren. Auch in umgekehrter Richtung sind immer mehr Menschen aus Ost-Berlin und der DDR auch unterhalb des Rentenalters Reisen- und Verwandtenbesuche im Westen möglich gemacht worden. Eine solche Durchlässigkeit der Mauer wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen.

Dennoch zeigen die aktuellen Ereignisse in der Ständigen Vertretung und die hohe Zahl von Übersiedlern aus der DDR, daß auf Dauer eine Normalisierung des deutsch-deutschen Verhältnisses und damit

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortungsbereich
mit wertvollen Beilagen
Kunststoffpapier



eine langfristig stabile Entwicklung in Mitteleuropa mit einer solchen Politik der praktischen Erleichterungen allein nicht erreicht werden kann. Für eine langfristig stabile Entwicklung in Mitteleuropa ist es zunächst erforderlich, daß beide Seiten konsequent den Prozeß der Abrüstungs- und Entspannungspolitik fortführen, den Kalten Krieg auch in den Köpfen einstellen und ihre gegenseitige staatliche Existenz nicht in Frage stellen. Gerade in der jetzigen Situation, die ein hohes Verantwortungsgefühl von allen Seiten verlangt, verbieten sich daher Töne der Schadenfreude und des Hochmuts.

In den Tagen vor dem 13. August dieses Jahres hat sich jedermann offenbart, daß die deutsch-deutsche Politik neuer Initiativen und Anstöße bedarf. In einer Situation des europäischen Umbruchs und der Neugestaltung macht sich der Mangel an Perspektiven zwischen den beiden deutschen Staaten schmerzlich bemerkbar.

Der Zustand äußeren Friedens muß sich auf Dauer auch nach innen wenden und zu einem inneren Frieden in den Gesellschaften führen. Das große Gefälle der Identifikation mit dem eigenen Staat und der wirtschaftlichen Zufriedenheit zwischen der DDR und der Bundesrepublik stellt einen dauernden Unsicherheitsfaktor zwischen beiden deutschen Staaten dar. Im Gemeinsamen Papier von SPD und SED wird auf die Reformfähigkeit und die Notwendigkeit zu Reformen hingewiesen. In der Bundesrepublik wird heftig und offen um den richtigen Weg zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme gerungen, etwa in der Umweltpolitik oder bezüglich des Aufkommens neuer rechtsradikaler Strömungen. Auch die DDR wird nicht umhin können, in ihrer Gesellschaft über wirksame Reformen nachzudenken, die die anhaltende Unsicherheit und Unzufriedenheit beseitigen können.

Eine solche Forderung ist keine Einmischung in die Angelegenheiten der DDR. Niemand kann übersehen, daß die Probleme des einen deutschen Staates den jeweils anderen deutschen Staat und darüber hinaus die gesamte Entwicklung in Mitteleuropa unmittelbar berühren. Darin liegt die Besonderheit des deutsch-deutschen Verhältnisses und darin liegt die besondere Verantwortung beider Staaten für eine friedliche und gutnachbarschaftliche Entwicklung in Europa begründet.

Daß nicht die Grenzen in Europa, wohl aber ihre Befestigungen veränderlich sind, hat vor kurzem auf eindrucksvolle Weise Ungarn gezeigt, in dem der Stacheldraht zum Nachbarland Österreich dort einfach zerschnitten wurde. Dies beweist: in dem Maße, in dem ein demokratisierter Ostblock sein Gesicht verändert, verändert sich auch der Charakter seiner Grenzen, so daß die Mauer zwischen Ost und West eines Tages nur noch die Rolle eines Fossils der Kalten-Kriegs-Ära spielen wird.

(—/11.8.1989/rs/fr)

* * *

Lenkungsfunktion des Marktes durch sinnvolle Ordnungspolitik stärken

Zum Erfordernis eines neuen Denkens in der Verkehrspolitik

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Sommerzeit ist Reisezeit und damit werden die Mängel der Verkehrspolitik besonders deutlich. Staus auf den Autobahnen und am Himmel sowie massive Unzulänglichkeiten auf den Schienenwegen zeigen, daß unser Verkehrswesen nicht optimal arbeitet.

Nötig ist eine Neuorientierung der Verkehrspolitik. Verkehrsträger und Verkehrsunternehmen haben die notwendigen Beförderungs- und Transportaufgaben ökonomisch sinnvoll sowie menschen- und umweltgerecht zu leisten. Die Verkehrspolitik hat die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Bisher ist dies nicht gelungen. Dies zeigt ein Blick auf die Ergebnisse:

- Die Straßen sind nicht ausreichend verkehrssicher. Zu viele Menschen werden bei Unfällen verletzt und sogar getötet.
- Lärm und Abgase gefährden zunehmend unsere Gesundheit.
- Die Wohn- und Lebensbereiche sind zum Teil unwirtschaftlich geworden.
- Der Wald stirbt weiter. Landschaften werden zersiedelt, verbaut und verbraucht.
- Der Verkehrsbereich braucht insgesamt zu viele unserer knappen Energiereserven.

Das Fehlen eines verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes für die Bundesrepublik und auch für Europa hat massive negative Auswirkungen.

Auf unseren Straßen fahren auch künftig wesentlich mehr vor allem ausländische Lastkraftwagen. In einigen Regionen werden die Steigerungen bis zu 100 Prozent betragen. Stau und Staugefahren werden weiter zunehmen. Es droht der Verkehrsinfarkt. Unser Luftverkehr steht vor einem Chaos. Die Kapazitäten der Bahn einschließlich des kombinierten Verkehrs werden zu wenig genutzt.

Die Bundesregierung ist mit ihrer Verkehrspolitik in einer Sackgasse. Mensch und Umwelt ersticken im Verkehr. Deswegen benötigen wir eine neue Verkehrspolitik. Verkehrsstrukturen müssen drin-

gend verändert werden: Wir brauchen Verkehrsverlagerungen vom Auto zum öffentlichen Personennahverkehr und vom LKW zur Bahn. Das Verursacherprinzip muß stärker durchgesetzt werden. Verkehrsträger müssen stärker als bisher für die von ihnen verursachten Kosten aufkommen. Dies gilt für die Wegekosten, die Unfallkosten und die Umweltkosten. Die marktwirtschaftlichen Regeln sind im Verkehrsbereich weitgehend außer Kraft gesetzt worden. Dies müssen wir ändern.

Jeder Verkehrsträger hat seine spezifischen Vorzüge im Hinblick auf Umwelt, Transportökonomie, Sicherheit, Komfort, Sozialstandards, Energieverbrauch etc. Diese spezifischen Vorzüge des jeweiligen Verkehrsträgers müssen besser genutzt werden.

Wir brauchen ein sinnvolles Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger - der Bahn, der Luftfahrt, des öffentlichen Nahverkehrs und des Autos.

Die Unzulänglichkeiten des gesamten Verkehrssystems, die Ideenlosigkeit und das Konkurrenzdenken haben bisher ein solches Miteinander weitgehend verhindert. Die Verkehrspolitik muß die notwendigen Rahmenbedingungen setzen, damit eine derartige sinnvolle Kooperation zustandekommen kann. Deshalb ist die Lenkungsfunction des Marktes durch eine sinnvolle Ordnungspolitik zu stärken. Weil der Markt gesellschaftspolitische Erfordernisse nicht berücksichtigt, muß der Staat diese Rahmenbedingungen setzen, beispielsweise auch für ökologisch verträgliche Verhaltensweisen oder sozialverträgliche Lösungen.

Wir müssen in der Verkehrspolitik weg vom bisherigen linearen Denken. Auch wenn man mehr Geld einsetzt, mehr und breitere Straßen baut, holt man ein linear ansteigendes Verkehrsaufkommen nie ein. Die ständigen Forderungen nach immer mehr Straßen sind eine populistische Betonkopfpolitik, haben aber mit gestaltender Verkehrspolitik nichts zu tun.

Wir müssen Verkehr endlich als einen Verkehrsverbund, als ein Ganzes betrachten, als ein vernetztes System. Es muß Schluß sein mit dem konkurrierenden Nebeneinander der einzelnen Verkehrsträger - vielmehr müssen wir die Möglichkeit der Kooperation und der Verknüpfung aller Verkehrsträger stärker nutzen.

Alles in allem: Ich plädiere für ein neues perspektivisches aufgabenorientiertes Gesamtverkehrskonzept. Das kritiklose „weiter so“ ist gescheitert. Ich plädiere dafür, dem Wertewandel auch in der Verkehrspolitik endlich Rechnung zu tragen und einer Neuorientierung zum Durchbruch zu verhelfen.

(-/11.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Auswärtige Kulturpolitik lebt nicht von Versprechungen

Zur Sorge, die Neugründungen der Goethe-Institute in Moskau, Warschau und Sofia seien bedroht

Von Freimut Duve MdB

Obmann für Auswärtige Kulturpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Besorgnisse des Goethe-Instituts sind berechtigt. Die große kulturpolitische Offensive als Antwort auf die Reformbewegungen in Osteuropa und in der Sowjetunion, die auch die SPD im Deutschen Bundestag fordert und mitträgt, wird im Haushalt und vor allem in der mittelfristigen Finanzplanung des Kulturhaushaltes nicht berücksichtigt.

Die sinnvollen, aber manchmal spontanen Zusagen und Versprechungen des Bundespräsidenten oder des Bundeskanzlers sind nicht mehr als vollmundige Absichtserklärungen, solange die Mittlerorganisationen nicht mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden. Es ist beschämend, wenn das Goethe-Institut gezwungen ist, weltweit seine Planstellen zu verschieben und bei bereits existierenden Instituten Mitarbeiter abzuziehen, damit die neu zu gründenden Institute in Osteuropa auch nur mit einem Basispersonal ausgestattet werden können.

Es geht nicht an, daß auf Regierungsebene Zusagen gemacht werden, die weder mit der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes noch mit den Mittlerorganisationen abgesprochen sind und für die dann keine Finanzmittel zur Verfügung stehen.

So ist die notwendig gewordene Verschiebung der kulturellen Begegnung mit Indien, die der Bundeskanzler in Indien versprochen hatte, eine peinliche Panne, die hätte vermieden werden können.

Das gleiche gilt für die immensen Aufgaben, die sich der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung hinsichtlich der kulturellen Betreuung der deutschstämmigen Sowjetbürger in Kasachstan und anderswo gestellt haben.

All diese neuen Aufgaben hat die Finanzplanung des Bundes in verantwortungsloser Weise vernachlässigt.

Es ist dringend an der Zeit, daß die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland sich auf ein Jahrzehnt des intensiven kulturellen Dialogs auf allen Ebenen mit Ungarn, Polen, der Sowjetunion und anderen Ländern vorbereitet. Dazu gehört aber auch eine seriöse längerfristige finanzielle Verpflichtung, damit die Mittlerorganisationen den Aufgaben entsprechen können, die wir von ihnen erwarten.

(-/11.8.1989/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) hat eine Publikation „Argumente gegen rechte Parolen, Deutschnationalismus und Ausländerfeindlichkeit“ herausgegeben, die auch ein Plädoyer für das Kommunalwahlrecht für Ausländer enthält. Wir dokumentieren diesen Abschnitt aus dem Argumentations-Leitfaden gegen die Ultrarechten.

Vorurteil:

Kommunales Wahlrecht für Ausländer ist verfassungswidrig - wählen dürfen nur Deutsche. Ausländer kennen sich in unserer Politik außerdem nicht aus. Und letztlich können sie doch in ihrem Heimatland wählen.

Fakt ist:

Namhafte Rechtsexperten, unter ihnen der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, CDU-Mitglied Ernst Benda, halten das kommunale Ausländerwahlrecht für verfassungskonform. Praktiziert wird es bereits in den Niederlanden, Irland, Dänemark, Schweden, Norwegen und der Schweiz, zum Teil seit mehr als zehn Jahren. Das Europäische Parlament hat sich längst für das kommunale Wahlrecht für alle EG-Bürger ausgesprochen. Das Parlament empfiehlt, es auf Drittländer wie die Türkei auszudehnen, um nicht zwei Klassen von Ausländern zu schaffen.

Fakt ist:

Ein großer Teil der Ausländer in der Bundesrepublik lebt hier seit mehr als zehn Jahren, beherrscht die Sprache und kennt sich in kommunalen Angelegenheiten aus. Ausländer zahlen hier ihre Steuern und Sozialabgaben und finanzieren damit auch die Kommunen mit. Doch über Angelegenheiten, die sie unmittelbar angehen, wie Schulen und Kindergärten, Fußgängerüberwege und Grünflächen, dürfen sie nicht mitbestimmen. In ihren Heimatländern haben sie zumeist das kommunale Wahlrecht verloren, da sie dort nicht ihren ersten Wohnsitz haben.

Erfahrungen in den europäischen Staaten mit kommunalem Ausländerwahlrecht haben gezeigt: Die große Mehrheit der Ausländer tendiert weder zu extremen Parteien noch zu reinen Ausländergruppen, sondern gibt ihre Stimmen einer der etablierten Parteien.

Fazit:

Mit dem kommunalen Wahlrecht würde den hier lebenden und arbeitenden Ausländern ein elementares Mitbestimmungsrecht gewährt. Das Europäische Parlament hat sich mit einer Mehrheit von 86 Prozent der Stimmen dafür ausgesprochen, Ausländer, die mindestens fünf Jahre im Gastland wohnen, dieses Recht zu gewähren.

(-/11.8.1989/vo-he/rs)